

Hader. Im Landtag hatten sich erst seit 1914 vereinzelt Oppositionskräfte zu Worte gemeldet.<sup>94</sup>

Die Anfänge des Parteiwesens liessen jedenfalls Auseinandersetzungen erwarten, gingen doch die beiden Parteien auf einander entgegengesetzte Grundströmungen zurück. Dabei standen das Fürstenhaus und die ihm nahestehenden monarchistischen Kreise auf Seiten der Bürgerpartei, die eine konservative Sammelbewegung war und aus einer Reaktion auf die reformerische Volkspartei entstand.<sup>95</sup> Die Angst vor der Volkspartei, deren Gesicht noch nicht eindeutig zutage trat, so jedenfalls vermutete man in den monarchistischen Kreisen, liessen Vorsicht und Zurückhaltung geboten sein, was sich auf den Gang wie auch auf den Inhalt der Verfassungsgebung niederschlug. Es sollte bei einer starken Monarchie bleiben.

Halten wir fest, dass die Vorzeichen zur Durchsetzung des parlamentarischen Regierungssystems, wie es die Reformer verstanden und dessen Durchsetzung sie am 7. November 1918 vergeblich versucht hatten, von Anfang an schlecht standen. Die monarchistischen Kräfte hielten das parlamentarische System für nicht in der Lage, die inneren Bedrohungen der Demokratie auszuschalten.<sup>96</sup>

Das hiess aber nicht, dass das Verfassungssystem von 1862 fortgeschrieben wurde. Es entpuppte sich als nicht funktionstüchtiges Gebilde. Die monarchische Regierung war nicht imstande, die ihr zukommende

<sup>94</sup> In den ON Nr. 35 vom 19. Dezember 1914 (Beilage zu Nr. 35 der ON) heisst es unter dem Titel "Die Eindrücke eines Zuhörers im Landtage" u.a.: "... in unserem Lande werden sich - wie ein Redner andeutete - doch zusammenhaltende Gruppen von Abgeordneten bilden; eine oder zwei solche sind eigentlich schon vorhanden. Das wird sich bei uns wie anderswo ausbilden, dagegen hilft nun kein Stimmen mehr... Wir sehen es gerne, wenn sich diese Gruppenbildung auch gegen den Plan und den Widerstand einiger Herren bildet." Dr. Beck referierte in der Sitzung vom 27. Dezember 1917 des Landtages zum Landtagswahlbericht wie folgt: "Man sage, es solle bei uns keine Parteien geben. Das seien alles schöne und ideale Gedanken, tatsächlich sei aber ein parteimässiges Vorgehen bei uns schon seit jeher vorhanden gewesen. Die Parteien seien übrigens eine notwendige gesellschaftliche Entwicklung, wie die Gesellschaftspsychologie seit jeher lehre. Und Parteien werden auch bei uns weiter bestehen, wenn es auch nicht gerne gehört werde. Die Gegensätze beruhen bei uns nicht auf der Verschiedenheit der Weltanschauung, sondern sie seien mehr in der verschiedenen Auffassung über Landes-sachen, vermischt mit persönlichen Akzenten, begründet. Parteien (Sozialisten, Liberale usw.) wie in anderen Staaten gebe es bei uns nicht. Es müsse heute noch dankend anerkannt werden, dass der Anstoss zur Einführung des neuen Wahlrechts vom Landesfürsten ausgegangen sei..." (ON Nr. 4 vom 26. Januar 1918).

<sup>95</sup> Vgl. Wille, LPS 6, S. 61ff.

<sup>96</sup> Vgl. dazu auch Schmidt, S. 171f.; Portner, S. 120.